

AKTUELL

Die Belgrader Pride passierte 2021 das serbische Parlament.



FOTO: CC-BY-SA MICKEY MYSTIQUE/WIKIMEDIA

EUROPRIDE IN BELGRAD

Start trotz Verbot

Joël Adami

Zum ersten Mal überhaupt soll die Europride in diesem Jahr in Südosteuropa gefeiert werden. Doch der Präsident Serbiens, wo das europäische Großereignis stattfinden soll, will das gemeinsam mit der orthodoxen Kirche verhindern.

Alle Versuche, sie zu blockieren, waren erfolglos: Die Europride in Belgrad wird stattfinden – und vom 12. bis zum 18. September von Serbiens Hauptstadt aus ein starkes politisches Signal in Südosteuropa und darüber hinaus versenden. Noch am vergangenen Samstag hatte der serbische Präsident Aleksandar Vucic behauptet, die Europride werde „verschoben oder abgesagt“, da sein Land andere Probleme habe. Sonntags darauf demonstrierten in Belgrad tausende religiöse Fundamentalist*innen. Mit Kreuzen, Heiligenikonen und Putinbildern gingen sie auf die Straße, um gegen die Rechte von LGBTIQ*-Menschen und für die Absage der Pride mobil zu machen.

Zeit für eine Europride am Balkan

„Präsident Vucic kann nicht die Veranstaltung von jemand anderem absagen, entgegnete Kristine Garina, Präsidentin der European Pride Organisers Association (EPOA), dem serbischen Staatschef am Samstag in einer Pressemitteilung: „Die Europride ist nicht abgesagt und wird auch nicht abgesagt werden. Während des Bewerbungsverfahrens für die Europride 2022 hat die serbische Premierministerin Ana Brnabic die volle Unterstützung der serbischen Regierung für die Europride in Belgrad zugesagt, und wir erwarten, dass dieses Versprechen eingelöst wird.“. Dass Garina sich auf Brnabic bezieht, ist kein Zufall: Die serbische Premierministerin und Parteikollegin von Vucic ist selbst lesbisch. Sie hatte zwar 2017 an der Belgrader Pride teilgenommen,

ihr Engagement für LGBTIQ*-Rechte in Serbien ist jedoch gering.

Europride ist ein Titel, den die EPOA jedes Jahr an eine andere europäische Stadt vergibt. Unter dem Motto „It's time“ ist neben der großen Parade am 17. September die ganze Woche über ein Kulturprogramm geplant. Die Austragung in Belgrad hat hohen Symbolcharakter. Nicht nur, weil es die erste Europride in Südosteuropa ist, sondern auch, weil es immer wieder queerfeindliche Angriffe auf die landesweite Pride in Belgrad gab. Die erste Ausgabe 2001 endete mit gewalttätigen Ausschreitungen von Rechtsextremen. Nachdem der nächste Versuch 2010 ähnlich endete, wurde die Veranstaltung im Folgejahr vermeintlich aus Sicherheitsgründen verboten. 2013 urteilte der Verfassungsgerichtshof, dass dieses Verbot verfassungswidrig war.

Die Veranstalter*innen in Belgrad haben mittlerweile politische Unterstützung für ihr Vorhaben bekommen. Der Berichterstatter für LGBTI-Rechte des Europarates, Christophe Lacroix, betonte in einer Pressemitteilung vom 30. August, dass Serbien die Versammlungsfreiheit der LGBTIQ*-Gemeinschaft achten müsse. Eine Absage der Europride käme einen „gewaltigen Rückschritt sowohl bei der Demokratie als auch bei den Menschenrechten“ gleich, so Lacroix.

145 Mitglieder des EU-Parlaments haben auf Initiative der LGBTI-Intergroup einen offenen Brief an die serbische Regierung verfasst. Die Autoritäten müssten dafür sorgen, dass die Europride ohne Gefahr für die Teilnehmer*innen stattfinden kann. Zwei luxemburgische Abgeordnete haben unterzeichnet: Tilly Metz (Déi Gréng) und Marc Angel (LSAP), der Co-Chair der LGBTI-Intergroup ist. Via Twitter appellierte auch der luxemburger Außenminister Jean Asselborn (LSAP) an Vucic, die Europride stattfinden zu lassen.

SHORT NEWS

Esch 2022 reagiert auf Kritik der woxx

(is) - Kurz nach der Veröffentlichung des Editos „Esch 2022: Eigenlob stinkt“ (woxx 1698) erhielt die woxx-Redaktion Post von der PR-Abteilung von Esch 2022: Das Team weist den Vorwurf zurück, kein Interesse an einem ausgewogenen Resümee des Kulturjahres zu haben. Die woxx hatte unter anderem die Publikation der Ergebnisse der Besucher*innenumfragen kritisiert: Die vorwiegend positiven Resultate lieferten keine Auskunft über die tatsächliche Reichweite des Kulturjahres, deren Veröffentlichung käme deshalb einer Vermarktungsstrategie gleich. Patrick Weber, PR-Manager, und Jacques Maquet, Studienbeauftragter, versicherten im Gespräch mit der woxx, dass eine ausführliche und kleinteilige Analyse des Kulturjahres geplant sei. Die Europäische Kommission fordere einen entsprechenden Evaluationsbericht ein. Die Ergebnisse zu Esch 2022 sollen im Frühjahr 2023 vorliegen. Weber räumte am Ende jedoch ein, dass Esch 2022 stärker über die Hintergründe der Umfragen und die geplanten Studien hätte informieren sollen.

Sorge ums Wasser

(ja) - Die Umweltschutzorganisation Mouvement écologique macht sich Sorgen um den Zustand des Wassers. Ein Anlass dafür ist, dass der Sommer 2022 in Luxemburg der trockenste seit Beginn der Messungen war. Außerdem ist die Wasserqualität von 90 Prozent der Flüsse und Seen in einem schlechten ökologischen Zustand (siehe woxx 1663) und viele Trinkwasserquellen sind nicht nutzbar. Der Mouvement fordert deswegen, dass Wasserwirtschaft stärker auf die politische Agenda kommen muss, etwa über eine parlamentarische Debatte und einen politischen Aktionsplan. Außerdem will der Méco, dass das geplante Google Datenzentrum in Bissen nicht realisiert wird. Dieses würde rund fünf Prozent des gesamten nationalen Trinkwasservorrats verbrauchen. Bisher sei die Frage, woher das Kühlwasser für das Datenzentrum kommen soll, nicht geklärt. Da die benötigten Wassermengen in Luxemburg nicht verfügbar seien, werde der Mouvement écologique „alle juristischen Mittel“ nutzen, um sich gegen das Projekt zur Wehr zu setzen.

Tierschutz: Hagen appelliert an Eigenverantwortung

(tj) - Das Landwirtschaftsministerium fasst eine Kampagne für potenzielle Tierbesitzer*innen ins Auge. Dabei soll über Konsequenzen, Kosten und Verantwortung aufgeklärt werden, die mit dem Erwerb eines Haustiers kommen. Das gab der zuständige Minister Claude Hagen (LSAP) kürzlich in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage von Chantal Gary (déi Gréng) zu verstehen. Gary war nicht die einzige Abgeordnete, die im Juli Fragen zum Tierschutz aufwarf: Auch Martine Hansen (CSV), sowie Gusty Graas und André Bauler (beide DP) verfassten entsprechende parlamentarische Anfragen. Anlass für diesen Frageansturm war ein Schreiben, in welchem vier luxemburgische Tierschutzorganisationen scharfe Kritik geübt hatten (woxx 1695). Neben ausreichend Tierheimen und verantwortungsbewussten Tierhalter*innen, mangle es zudem an finanziellen Mitteln und der konsequenten Umsetzung des Tierschutzgesetzes von 2018. Die genannten Abgeordneten forderten das Agrarministerium auf, zu der Situationsbeschreibung Stellung zu nehmen. Das Tierschutzgesetz werde adäquat umgesetzt, zeigt sich Hagen in den Antworten überzeugt. Der Eröffnung zusätzlicher Tierheime steht der Minister positiv gegenüber – eine langfristige Lösung sei dies jedoch nicht, solange die Bürger*innen des Landes keine Eigenverantwortung übernehmen.